

Alarmliste Wendland gegen Abschiebungen
p.Adr. Kulturbahnhof Hitzacker
Am Bahnhof 6
29456 Hitzacker
mail: wendlandgegenabschiebungen@web.de

Landkreis Lüchow-Dannenberg
Landrat Jürgen Schulz
Königsberger Str. 10
29439 Lüchow

Betr.: Keine Abschiebungen aus dem Wendland

27.10.2014

Sehr geehrter Herr Schulz

Wir sind eine Gruppe Wendländer*innen die Geflüchtete hier im Wendland unterstützen und bei den ersten Schritten am neuen Wohnort begleiten. Wir begrüßen die neuen Nachbarn ausdrücklich und wollen nicht tatenlos zusehen, wie ihnen mittels der europäischen Migrationsgesetze das Leben schwer gemacht wird. Darum haben wir uns organisiert um nach dem Vorbild anderer niedersächsischer Initiativen gegebenenfalls die Abschiebung unserer Nachbarn zu verhindern.

Während der letzten Monate erreicht eine zunehmende Zahl von Geflüchteten auch das Wendland. Die Berichte über ihre Fluchtgründe, über die oft jahrelange Odyssee, über Leid und Not, machen betroffen. Die Tatsache, dass ein Großteil der Ungerechtigkeit mitten in Europa stattfindet, die zutiefst undemokratische Behandlung dieser Menschen von Seiten der Gesetze und Beamten der europäischen Union, macht fassungslos und wütend. Wir wollen diesen Menschen die Möglichkeit geben, hier im Wendland zur Ruhe zu kommen, Vertrauen und die Lust auf einen Neuanfang zurück zu gewinnen.

Leider ist bei vielen von ihnen das Gegenteil der Fall: Nach den Regelungen der europäischen Länder untereinander, fallen sie unter die sogenannte „Dublin-Verordnung“, was bedeutet, dass sie ohne Beachtung ihrer Fluchtgründe und ohne nennenswerte Anhörung ihrer Gründe, aus anderen europäischen Ländern nach Deutschland weiter zu fliehen, in eben diese Länder zurückgeschoben werden sollen. Seit langem fordern Unterstützerinitiativen die Abschaffung des sogenannten „Dublin-Systems“. Es ist erfahrungsgemäß ein langer Weg, europäische Vereinbarungen grundsätzlich zu verändern. Andererseits versprach die neue Niedersächsische Landesregierung eine Neuorientierung in der Flüchtlingspolitik, die Schaffung einer „Willkommenskultur“, einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Flüchtlingen. Nun ist es keiner Landesregierung gegeben, die Bundes- oder Europapolitik im Alleingang zu ändern. Es sind jedoch Möglichkeiten bei der Gestaltung und Nutzung von Ermessensspielräumen vorhanden und die Erfahrung an anderen Orten zeigt, dass unter der neuen Landesregierung Freiräume für ein demokratisches Engagement der lokalen Verwaltungs- und Polizeistellen existieren.

Das von uns geplante aktive Verhindern von Abschiebungen durch Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie Menschenblockaden, ist mittlerweile vielerorts zum Standard geworden: in Osnabrück so bereits zum 21. Mal geschehen ohne jegliche Konfrontation mit der Polizei. Das breite Bündnis von Unterstützer*innen der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen, das diese Aktionen trägt, hat im Vorfeld Kontakt mit dem Oberbürgermeister aufgenommen und die Beweggründe für den Versuch, Abschiebungen zu verhindern dargelegt. Der Oberbürgermeister von Osnabrück hat inzwischen seine (private) Sympathie für die Aktionen der Unterstützer*innen bekundet. Auch der dortige Polizeichef hat sein Verständnis für die Aktionen nicht nur bekundet, sondern dieses auch - wie die Vertreter der Ausländerbehörde - bei Abschiebeversuchen dadurch dokumentiert, dass angesichts der zum Termin anwesenden Gruppe von Unterstützer*innen, die Abschiebung, mit Verweis auf eine absehbar unverhältnismäßige Eskalation im Falle der Durchführung eines Abschiebeversuchs, abgebrochen wurde.

Wir schreiben an Sie, weil wir den Dialog mit den regionalen Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung suchen. Gerne würden wir Ihnen im persönlichen Gespräch die Gründe unseres Engagements erläutern.

Mit freundlichen Grüßen
Alarmliste Wendland gegen Abschiebungen